Bürgerverein Pfalzel e. V., Ringstr. 2c, 54293 Trier

www.buergerverein-pfalzel.de

Ringstr. 2c
54293 Trier
Telefon: 0651 / 69557
eMail: hjwirtz@arcor.de

Stadtverwaltung Trier
Rathaus
Augustinerhof
54290 TRIER

Datum: 14.08.2025

Stellungnahme zum Flächennutzungsplan Teilfortschreibung Windenergie

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit unsere Ausführungen den Pfalzeler / Ehranger Wald betreffen, gelten sie für die beiden Standorte Steigenberg und Balmet, zu allgemeinen Themen der Energiewende für alle Trierer Pläne.

Beginnen möchten wir mit einem kurzen Rückblick.

Im Juli 2022 verabschiedete die damalige Bundesregierung das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) und erklärte die Errichtung und den Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien als überragendes öffentliches Interesse und Gegenstand der öffentlichen Sicherheit. Noch im Sommer des gleichen Jahres wurden weitere Gesetze erlassen oder zum Teil erheblich verändert: das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), das Baugesetzbuch (BauGB), das Raumordnungsgesetz (ROG) und das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).

Während das Land Rheinland Pfalz mit außerordentlicher Sorgfalt und ohne Hektik an der Umsetzung arbeitete und das Ergebnis am 07.12.2023 in Form einer Abwägungsgrundlage für Regionen und Kommunen bekannt gab, ging das Baudezernat Trier bereits am 28.09.2022 mit einem Aufstellungsbeschluss eines Flächennutzungsplans Teilfortschreibung Windenergie in den Stadtrat.

Auch der Presse ist damals aufgefallen, dass Trier als erste Großstadt in RP solche Pläne vorantreibt. Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass wir nicht verstehen, wie ausgerechnet die älteste Stadt Deutschlands mit dieser Häufung weltkulturerblicher Objekte auf die Idee kommen kann, die Höhenzüge des linken Moseltals - übrigens auch landschaftliches Weltkulturerbe oberes Moseltal - auf immer durch Windkraftanlagen, sechs mal so hoch wie die Mariensäule, zwei mal so hoch wie der Petersdom und anderthalbmal wie der Kölner Dom - zu zerstören.

Nicht nur in Rheinland-Pfalz, in ganz Deutschland haben wir keine Kommune finden können, die unter ähnlichen Voraussetzungen solche Pläne vorantreibt. Das Gegenteil aber sehr wohl.

Eine Fahrt auf der A 1 / A 48 nach Koblenz ist lehrreich. In der Eifel findet man einige größere Ballungen von Windkraftanlagen, vermehrt kleinere, kilometerweit auch gar nichts. Auffallend ist, dass auf den Höhenlagen vor Koblenz, vielleicht 25 Km vor der Stadt, nicht eine einzige Anlage zu finden ist. Umgekehrt kann man von der Festung Ehrenbreitstein kilometerweit auf die Höhenlagen von Hunsrück und Eifel blicken. Man kann dabei kein einziges Windrad entdecken. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass man keinen Makel auf das Welterbe Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal fallen lassen möchte.

In Sachsen hat nach dem Gemeinderat von Oderwitz am 6. Februar 2025 auch der Herrnhuter Stadtrat gegen ein Bauvorhaben von drei Windrädern gestimmt, die zwischen den beiden Gemeinden errichtet werden sollen. In Herrnhut wird vor allem der Weltkulturerbe-Status als Argument gegen die Windräder genannt.

Auch Sachsens Kultusminister Conrad Clemens hatte Anfang Februar erklärt, die gravierenden Veränderungen des Landschaftsbildes am Standort zwischen Ninive und der Birkmühle in Oderwitz wären inakzeptabel.

In Hessen häufen sich Konflikte zwischen Hessenforst und Kommunen. Hessenforst will als Waldbesitzer Windkraft fördern, Kommunen, insbesondere Kurstädte, befürchten dagegen Nachteile.

Um kontroverse Diskussionen zu verhindern, hat das Dezernat von Anfang an ein frei erfundenes Narrativ verbreitet, wonach auch die Stadt Trier als Kommune die Flächenziele des Landes erfüllen müsse. Mit freundlicher Unterstützung der Lokalpresse sollte das auch der breiten Öffentlichkeit vermittelt werden. Der neue Dezernent hat das übernommen. Und es war erfolgreich. Wir führen darauf auch die Zustimmung des Stadtrates am 07.12.2023 zur Beantragung der Zielabweichung, ohne jegliche Aussprache innerhalb weniger Minuten, zurück.

Leider ohne Auswirkung hatten wir dieser Darstellung in Veranstaltungen im Amtshaus Pfalzel, dem Bürgerhaus Ehrang und einer Pressemitteilung an den TV widersprochen.

Als das Narrativ in einer Sitzung des Umweltausschusses am 09.04.2024 durch das Mitglied des Ausschusses, Herrn MdL Michael Frisch, zerstört wurde, sahen sich die anwesenden Vertreter der BI Naherholungsgebiet Bausch und wir am Ziel. Gleichwohl wurde der Antrag auf Zielabweichung gestellt und durch die SGD Nord genehmigt. Die Darstellungen des Dezernates in der jüngsten Vorlage 139/2025 zur Sitzung des Stadtrates am 25.06.2025 enthalten zwar eine längst überfällige Anmerkung: Für die Stadt Trier bestehen keine Verpflichtungen, bestimmte Teilflächenziele zur Vermeidung von Sanktionen einzuhalten.

Gleichwohl wird nun der Eindruck erweckt, dass die PLG ein großes Interesse daran habe, dass Trier das Verfahren fortführt und abschließt. Schließlich gehe es nicht nur um die Erfüllung von Flächenzielen, sondern auch um die Förderung erneuerbarer Energien. Wir sind immer begeistert, wenn bei Wegfall des angeblich zu verfolgenden Zieles sich ein neues auftut. Schon bei der ersten Variante schien uns der Preis für die älteste Stadt Deutschlands zu hoch, nun aber gar nicht mehr vertretbar.

Und welches Interesse sollte die PLG daran haben, da sie doch das Endziel im Bereich Trier schon als gesichert ansehen kann? Das LfU hat 4 % der Landesfläche als geeignet eingestuft. Wir wissen, dass die PLG bereits Anfang 2024 1,8 % Bestandsflächen und 0,4 % hinreichend gesicherte Flächen aus anhängigen Verfahren melden konnte. Etwas mehr als das angestrebte Endziel.

Schon immer fragten wir uns, ist die Abwägungsgrundlage der Landesregierung in Trier nicht angekommen, hat sie niemand gelesen, oder merkte man nicht, dass man bei allen vorgesehenen Standorten eklatant gegen die dortigen Festsetzungen verstieß?

Die Ermittlung geeigneter Flächen erfolgte wohl auch in Trier über ein mehrstufiges Verfahren. Bisher dachten wir, das sei durch das Landesumweltamt geschehen. Das alle Flächen im Land daraufhin untersuchte, ob sie risikoarm für Windkraft nutzbar sind und dabei verschiedene Risikostufen festgelegte. Das LfU hat übrigens 4 % der Landesfläche als unbedenklich eingestuft. Das ist nahezu das Doppelte der Bundesvorgabe. Die beiden Standorte Steigenberg und Balmet sind den beiden höchsten Risikostufen zugeordnet.

In Trier wurden offensichtlich andere Maßstäbe angelegt. Dadurch kamen dann auch Steigenberg und Balmet in die Auswahl, die nicht nur nach Ansicht des LfU, sondern auch der von BUND und NABU im ersten Beteiligungsverfahren - und auch von uns - absolut ungeeignet sind.

Sehr professionell scheint die Herangehensweise nicht gewesen zu sein. So lesen wir heute in dieser Vorlage, dass die Fläche Zonenberg wegen eines hohen Erschließungsaufwands in einem unzerschnittenen Waldgebiet nicht geeignet sei. Bei der Lage Steigenberg, der von der Autobahn aus, um 100 Meter Höhenunterschied zu überwinden, nur über eine steile Trasse mit mindesten einer, eher aber zwei Spitzkehren zu erschließen ist, galt das offensichtlich nicht.

Für Steigenberg und Balmet gilt zudem, dass ein letztes, größeres Waldgebiet im Bereich der Stadt Trier - das ohnehin schon durch die Autobahn nach Luxemburg zerschnitten wurde - erneut zerstückelt wird. Auf die Auswirkungen solcher Maßnahmen kommen wir noch.

Ebenso wenig kann man verstehen, dass man sich die allererste Frage, wie ein Standort überhaupt zu erschließen wäre, in Trier erst am Ende aller Überlegungen stellt.

Man könnte es als Realsatire bezeichnen, dass man nun, wenn man diese Schiene weiter verfolgt, am Ende genau das erreicht, was man zuvor über das Narrativ zu vermeiden vorgab. Sobald Trier Sonderflächen für Windkraft ausweist, werden die Investoren vorstellig. Und abweisen wird man sie dann nicht mehr können.

Kommen wir zu den beiden Standorten im Ehrang / Pfalzeler Wald
Steigenberg - Beschreibung des Dezernates:

F – Steigenberg (Ehrang-Quint)

Flächengröße: 6,4 ha

Aktuelle Nutzung: Wald

Windhöffigkeit (m/s in 140m): 6,4 -6,7 m/s

Restriktionen/Einschränkungen

- Artenschutz (Vorkommen von Fledermäusen im Wald wahrscheinlich)
- Lage im Wasserschutzgebiet Zone III (Maßnahmen zur Vermeidung von Stoffeintragungen und sonstiger Beeinträchtigungen erforderlich)
- Sichtbarkeit aus dem Moseltal

⇒ **Fläche kann vorbehaltlich der noch zu klärenden Konflikte (Artenschutz, Grundwasserschutz, Landschaftsbild) weiter verfolgt werden**

Balmet - Beschreibung des Dezernates:

G – Balmet (Ehrang-Quint)

Flächengröße: 9,9 ha

Aktuelle Nutzung: Wald

Windhöffigkeit (m/s in 140m): 6,0 -6,2 m/s

Restriktionen/Einschränkungen

- Artenschutz (Vorkommen von Fledermäusen im Wald wahrscheinlich)
- Schutzabstand zu Naturdenkmal erforderlich
- Beeinträchtigung benachtbarter Biotope bei der Erschließung zu vermeiden
- Ggf. Maßnahmen zur Vermeidung von Stoffeintragungen und sonstiger Beeinträchtigungen erforderlich (aktualisierte Rechtsverordnung liegt bisher nur im Entwurf vor)
- Deutliche Sichtbarkeit aus dem Moseltal

⇒ **Fläche kann vorbehaltlich der noch zu klärenden Konflikte (Artenschutz, Landschaftsbild) weiter verfolgt werden**

Schon die Fülle der Restriktionen hätte bei beiden Standorten zu einem Ausschluss führen müssen. Das Dezernat befand aber, dass keines der einzelnen Kriterien für sich genommen einen Ausschluss rechtfertige und verfolgte die Entwicklung weiter.

Darüber hinaus wurden andere Kriterien vergessen:

Die Frage der Zuwegung und Erschließbarkeit wurde in keinem Fall geprüft. Beim Steigenberg ist in kurzer Entfernung ein Höhenunterschied von 100 Metern zu überwinden, ohne Spitzkehren nicht denkbar. Unverhältnismäßig große Waldflächen müssen allein für diesen Zweck gerodet werden. Nach der Abwägungsgrundlage der Landesregierung wäre das für sich genommen schon ein Ausschlussmerkmal.

Die Beteuerungen, nach dem Aufbau der Anlagen würden Zufahrten zurückgebaut, sind unzutreffend. Während der zwanzigjährigen Laufzeit müssen die Rotorflügel im Schnitt zweimal ausgetauscht werden. Dann müssen die gigantischen Liebherr-Krähne und die Schwertransporter erneut nach oben. Im Übrigen auch bei Wartungen oder Reparaturen.

Die heutigen Bewohner der Bausch wurden nach Aufgabe der Housing in 1995 mit dem Versprechen von einem Leben mitten in der Natur und einem ausgedehnten, unversehrten Waldgebiet dorthin gelockt. Nun soll der Wald unwiederbringlich beschädigt und auch die Gesundheit der Anwohner gefährdet werden. Besonders die Geräusche der Flügel und Getriebe werden bei der vorherrschenden Windrichtung von Steigenberg her hörbar sein. Die Gefährdung durch den Infraschall ist hinreichend belegt.

Inzwischen gab es schon vermehrt Brände in den Gondeln der Anlagen. Die Feuerwehr nennt ihren Einsatz dann beschönigend "kontrolliertes Abbrennen". Das heißt nüchtern

betrachtet, man hat kein Mittel, in dieser Höhe wirksam einen Brand zu bekämpfen. In einem ausgetrockneten Waldgebiet wären die Folgen unüberschaubar.

Beide Standorte liegen in einem Naherholungsgebiet für die Stadtteile Pfalzel, Ehrang und Biewer.

Durch das Gebiet führen zwei Premium-Wanderwege. Der Moselsteig über die Bausch durch den Wald quasi an beiden Standorten vorbei weiter Richtung Schweich. Der Eifelsteig nach der Genovevahöhle hinab ins Biewertal und dann weiter über den Felsenpfad nach Trier.

Die Windhöffigkeit liegt bei beiden Gebieten an der untere Ertragsgrenze. Können unter diesen Umständen solche Eingriffe verantwortet werden?

Auf ihrem Weg von den Brutgebieten hier zu den Winterplätzen in wärmeren Regionen oder zurück werden über der Bausch regelmäßig Vogelschwärme beobachtet.

Einstufung Steigenberg durch LfU in zweithöchste Risikostufe eingeordnet, Balmet in die höchste. Nach Auffassung BUND und NABU sind alle Trierer Standorte ungeeignet (siehe oben).

Wie schon erwähnt, gilt das obere Moseltal bei Trier als landschaftliches Kulturerbe. Besser gesagt, bei Umsetzung der Pläne war es das einmal. Windräder auf den Höhenlagen werden das Landschaftsbild derart verändernd bestimmen, dass von einer Kulturlandschaft nicht mehr gesprochen werden kann. Die Höhenlagen gehören elementar zu dem Tal, das durch sie erst gebildet wird. Sonst hätten wir eine Ebene wie der Po in Oberitalien.

Niemand vermag sich vorzustellen, dass es im weiteren Verlauf der Mosel oder im Rheintal zu solchen Fehlentwicklungen kommt. Ohnehin werden bundesweit gigantische, bisher als Wald oder landwirtschaftlich genutzte Areale einer industriellen Nutzung zugeführt.

Die Auswirkungen auf den Wald sind durch Abholzungen nur in einem Aspekt beschrieben. Weit schlimmer sind die Folgen. Zusammenhängende Waldflächen werden zerstückelt, auch noch durch die Anschlusstrassen an das Netz. Böden, die nie von der Sonne erreicht wurden, werden nun aufgeheizt und geben diese Wärme in die Umgebung ab. Ein kühles Waldklima ist für immer Vergangenheit. Zugleich werden Böden verfestigt, Niederschläge können nicht mehr eindringen, fließen unverzüglich ab und verstärken in Tallagen Hochwasserereignisse. Man zerstört sehenden Auges CO2-Senken, um Windernergie zu erzeugen.

Es mehren sich Fälle, in denen Betreiber kurz vor einem Rückbau Konkurs anmelden und das Problem der öffentlichen Hand überlassen. Eine neue Variante der Betreiberbranche sind "Investoren", die Genehmigungen beantragen und diese unmittelbar danach veräußern. Die Kommune hat dann unverhofft neue, unbekannte Vertragspartner, die nicht selten im Ausland ansässig sind.

Sehr beliebt ist inzwischen auch das Beantragen vergleichsweise kleiner Anlagen. Nach der Genehmigung schiebt man vor Baubeginn einen Nachtrag auf größere Typen nach. Der dann in aller Regel genehmigt wird.

Man sollte auch nicht damit rechnen, dass am Ende die hier diskutierten Anlagen mit einer Höhe von 240 Metern installiert werden. In Oderwitz, Sachsen, sind bereits heute höhere mit einer Nabenhöhe von 175 Metern und einem Radius der Flügel von 81 Metern geplant. Und auch das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Sprachlos macht uns die Unbekümmertheit, mit der für die Geschicke Triers Verantwortliche das einzigartige kulturelle Erbe der ältesten Stadt Deutschlands gering schätzen und auf unverantwortbare Weise gefährden und beschädigen.

Wie kann man auf die Idee kommen, die Höhenlagen um die Stadt, Teil des landschaftlichen Kulturerbes Oberes Moseltal, mit einer Korona von Windkraftanlagen, sechs mal höher als die Mariensäule, unwiderruflich zu entstellen?

Von allen Aussichtpunkten - auf dem Petrisberg, dem Weisshaus, dem Markusberg und vielen Plätzen in der Stadt mit freien Sichtachsen - wird der erste Blick der Besucherscharen auf diese Kolosse fallen. Ob Besucher nach einem solchen Erlebnis noch eine Fahrt nach Trier empfehlen werden, erscheint mehr als fraglich.

Zu diesem Thema verweist das Dezernat auf eine Abstimmung mit der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesdenkmalpflege (GDKE), in der die Auswirkungen auf die Welterbestätten in der Stadt Trier im Wesentlichen unproblematisch gesehen würden. Wir sehen in diesem Kontakt eher den untauglichen Versuch, der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass man diese Frage ernsthaft geprüft habe.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf Dresden verweisen. Das dortige Elbetal wurde 2004 in die Welterbeliste der Unesco aufgenommen. Schon zwei Jahre später erfolgte wegen der Pläne der Waldschlösschenbrücke die Aufnahme in die Liste gefährdeter Welterbestätten. Als der Bau realisiert wird, fällt die Entscheidung des UNESCO-Welterbe-Komitees - nicht etwa einer deutschen Stelle - kaum überraschend und ist doch ein Schock. Am 25. Juni 2009 fallen die Würfel im spanischen Sevilla.

Zum ersten Mal wird damit einer europäischen Kulturerbe-Stätte der Status wieder genommen. Eine internationale Sensation und politische Blamage für Deutschland.

Andere Städte gehen da andere Wege. Als der Kölner Dom 2004 auf die rote Liste gefährdeter Kulturerbestätten geriet, nahm man den Kontakt zum Welterbekomitee auf und verhandelte über eine einvernehmliche Lösung. Thema waren Hochhäuser und Dom.

Koblenz hat ein Problem mit der Kabinenbahn zur Festung Ehrenbreitstein. Die Bodenstation ist sehr klotzig und schränkt den Blick auf die Basilika Sankt Kastor ein. Auch hier verhandelt man mit dem Komitee. Die Verlegung der Bodenstation scheint abgewendet, ein unauffälliger und eleganterer Neubau könnte die Lösung sein.

Deutschlandweit findet man kein weiteres Beispiel dieser Art, wo Städte mit einer ähnlichen Geschichte, ohne jede Not, solche Pläne vorantreiben. Sehr wohl aber das Gegenteil.

Ein Beispiel ist die Kurstadt Bad Orb in Hessen. Die Wälder außerhalb des Stadtgebietes - Naherholungs- und Wandergebiet für Einheimische und Kurgäste - sind im Besitz von Hessenforst, die dort die Ausweisung von Flächen für Windkraft planen. Hier leisten Bürger und Politik gemeinsam Widerstand gegen solche Bestrebungen.

Im sächsischen Herrnhut geht es bei der Ablehnung von Windkraftplänen genau um das Problem des Kulturerbes. Der dortige Stadtrat hat einstimmig seine Zustimmung verweigert, weil er dadurch den Unesco-Status gefährdet sieht.

Allgemeine Anmerkungen zur Energiewende:

Die Weltklimakonferenz im Dezember 2023 in Dubai muss ein sachlicher Betrachter als Totalschaden des deutschen Sonderweges einer Energiewende mit der Brechstange betrachten. Keines der teilnehmenden Länder war bereit, sich nach unserem Vorbild auf verbindliche Daten zum Ausstieg aus fossilen Energiequellen festzulegen.

Allen Teilnehmerstaaten war in erster Linie eine sichere Versorgung aller betroffenen Bereiche mit verlässlichen Energiequellen oberste Priorität. Ganz entgegen deutscher Strategie formierte sich eine Allianz von 22 Staaten, die einen Ausbau und eine Weiterentwicklung von Atomenergie anstreben. Übrigens mit Techniken, die heutigen Atommüll als Brennstoff verwerten können und somit das Problem der Endlagerung nicht erhöhen, sondern eher verkleinern. Danach hat sich dieser Kreis bei Verhandlungen in Brüssel auf 37 Staaten, darunter viele aus Europa, erweitert. Deutschland, einmal mit führend in dieser Technologie, wird dabei Zuschauer bleiben.

Unsere wohlstandsverwöhnten Entscheider vermögen sich auch nicht vorzustellen, was es für Entwicklungsländer bedeuten würde, nicht auf verfügbare und preiswerte Energieträger zurückgreifen zu dürfen.

Probleme der erneuerbaren Energie werden heruntergespielt oder totgeschwiegen. Steigende Anteile der Erneuerbaren am Gesamt-Stromverbrauch werden gefeiert. Die Versorgung wird aber nicht sicherer, sondern flatterhafter.

Überschüsse am Tag werden von unseren Nachbarn nur unter hohen Zuzahlungen abgenommen. Nachts kaufen wir den Strom oft über gleich hohe Zahlungen zurück. Allein finanziell ein Desaster, ebenso wie Zahlungen für nicht produzierten Strom und die Redispatchkosten. Das alles summiert sich jährlich auf zweistellige Milliardenbeträge, die Bürger und Industrie dann auf ihrer Stromrechnung finden.

Der Bundesrechnungshof übte scharfe Kritik an der Energiewende. Netzbetreiber forderten Anfang 2024 einen Stopp des Ausbaus erneuerbarer Energien, da die vorhandenen Netze zunehmend instabiler werden und kaum noch zu steuern sind (Redispatch). Der schleppende Netzausbau und die Schaffung von Speicherkapazitäten müsse mit dem Ausbau der Energieerzeugung Schritt halten.

Inzwischen ist der Unmut der Nachbarstaaten unüberhörbar. Denn auch dort explodierten in der Folge die Strompreise. Und die Instabilität unseres Netzes setzt sich dort fort. Schweden und Norwegen haben die Bundesregierungen massiv kritisiert und angekündigt, ihre Stromexporte zu uns auf diese Weise nicht länger zu unterstützen. Und Frankreich denkt nicht erst seit gestern daran, aus diesem europäischen Stromverbund auszusteigen.

Schwere Konflikte gibt es mit Tschechien. Einmal, weil wir versuchen, Strom von der Küste über das Verbundnetz nach Bayern zu bringen, da die geplanten Nord-Süd-Trassen nicht vorankommen. Dann, weil Bayern Windanlagen nahe der Grenze errichtet, ohne die Belange der anderen Seite zu berücksichtigen. Nun wurde bekannt, dass der Schrott deutscher Rotorflügel, die bekanntlich nicht recyclebar sind, über Briefkastenfirmen auf tschechischen Äckern abgekippt wird. Auch die internationalen Folgen unseres Agierens werden immer auffälliger.

Trotz der Erkenntnisse aus zwei Weltklimakonferenzen setzte die Ampel ihre Pläne unverzagt fort. Die letzten AKW wurden abgeschaltet. Am 31.03.2024 sind 15 Kohlekraftwerke vom Netz genommen worden. Moorburg in Hamburg, das jüngste, modernste und sauberste Kohlekraftwerk Deutschlands, wurde nach nur 6 Jahren Laufzeit stillgelegt. Am 10. November 2024 wurde der Schornstein gesprengt. Am 23. März 2025 wurde versucht, die beiden Kesselhäuser mit insgesamt 1200 kg Sprengstoff zu sprengen.

Welches andere Land der Welt würde seine zuverlässige Grundversorgung zerstören, ohne ein Backup für fehlende erneuerbare Energien vorzuhalten? Die vorgesehenen Gaskraftwerke sehen wir noch nicht.

Am 05.08.2024 veröffentlichte das Landesuntersuchungsamt RP einen Bericht, wonach untersuchte Wildschweinlebern stark mit PFAS belastet waren. PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) gelten als so genannte Ewigkeitschemikalien, da sie sich nicht abbauen sondern immer mehr anreichern. Hier in der Region kennen wir das Problem vom Einsatz schädlicher Löschschäume auf den Militärflughäfen Spangdahlem, Ramstein und früher auch Bitburg.

Man erinnert sich unwillkürlich an Tschernobyl im April 1986. Damals dienten die Lebern von Wildschweinen als Nachweis für eine radioaktive Belastung in unseren Böden. Jedoch war die höchste Anreicherung unmittelbar nach der Katastrophe. Man wusste, im Laufe der Jahre wird sie entsprechend der Halbwertszeit der jeweiligen Isotope abnehmen. Hier ist das nun anders. Es kann nur schlimmer werden.

Der Skandal ist, dass weder die Politik, noch die Presse (mit einer Ausnahme) und auch nicht die großen Umweltverbände einen Zusammenhang zur Windkraft erwähnten. Weiß man doch, dass die Flügel von Windrädern mit PFAS-Zusätzen besonders glatt und hart gemacht werden. Man weiß auch, dass es dennoch einen erheblichen Abrieb der Windkraftrotore gibt, den man pro Anlage auf etwa 100 Kg/Jahr schätzt. Pro Jahr erzeugen die derzeit 30.000 Anlagen mithin insgesamt 3.000 t Abrieb an PFAS-belastetem Feinstaub.

Der "Wattenrat" ist ein lockerer Zusammenschluss verbandsunabhängiger Naturschützer aus der Küstenregion Ostfrieslands. Man berichtete im Februar dieses Jahres, dass Greenpeace und Tagesschau über hochbelasteten Algenschaum an den Küsten der Nord- und Ostsee mit PFAS-Konzentrationen informierten. Man kritisierte, dass kein möglicher Zusammenhang mit dem ständigen Abrieb der kunststofflaminierten Rotore aus dem Betrieb von Windkraftanlagen auf See in Erwägung gezogen wurde. Auch nicht durch Umwelt-Verbände.

Eine Parallele zu den Feststellungen in RP liegt nahe: man entdeckt eine Zeitbombe für die Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Aber bitte nur nicht mit der Windkraft in Verbindung bringen. Da läuft doch gerade alles reibungslos. Man erinnert sich an Zeiten, in denen solche Meldungen Forderungen nach einem sofortigen Ausbaustop ausgelöst hätten.

Industrien mit hohem Energiebedarf verlassen das Land bereits oder planen, es zu tun. Tausende von Arbeitsplätzen sind gefährdet oder schon verloren.

Trotz zugesagter Subventionen von 9,9 Milliarden € sagt Intel den Bau einer Chipfabrik in Magdeburg ab.

Der Stahlkonzern ArcelorMittal wird seine Werke in Bremen und Eisenhüttenstadt nicht auf "grünen" Wasserstoff umstellen und verzichtet auf Fördergelder in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Noch will man in Berlin nicht sehen, dass dies das Ende von Habecks Utopien von grünem Stahl bedeutet. Schon zuvor hatte sich der Konzern in Belgien langfristige Verträge mit günstigem Atomstrom gesichert. Die Entscheidung der belgischen Regierung, nicht aus der Atomenergie auszusteigen, sondern sich beteiligen, macht solche Verträge möglich.

Autohersteller, einst Rückgrad der deutschen Industrie, melden Umsatzverluste und Gewinneinbrüche.

Wirtschaftsministerin Reiche will die Energiewende durch ein Gutachten prüfen und bei Bedarf neu ausrichten lassen. Besonders der Turboausbau der Windenergie, der zu Belastungen des Staates und aller Verbraucher in Milliardenhöhe geführt hat und dies weiterhin tun wird, dürfte in diesem Zusammenhang neu bewertet werden.

Nach den obigen Ausführungen raten wir der Stadt Trier ohnehin, die Pläne zur Ausweisung von Standorten generell aufzugeben. Unter dem Gesichtspunkt einer Neuausrichtung der Energiewende ist es in jedem Falle geboten, nicht erneut vorschnelle Entscheidungen zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Wirtz